

**22.11.2013**

**Niederschrift**

---

**Kreistag**

am 15.10.2013 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

**Beginn** 15:00 Uhr

**Ende** 17:05 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Michael Makiolla

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Heike Brossat

Frau Christel Ciecior

Frau Brigitte Cziehso

Frau Dipl. Ing. Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Rolf Erdmann

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Carsten Jaksch-Nink

Herr Wolfgang Kerak

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Herr Walter Teumert

Herr Peter Vaerst

Frau Brunhilde Weinhold

Herr Rüdiger Weiß

Frau Manuela Werbinsky

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Wolfgang Barrenbrügge  
Herr Michael Blandowski  
Herr Günter Bremerich  
Frau Marlies Deppe  
Herr Michael Dobrowolski  
Herr Peter Dörner  
Herr Jörg-Uwe Ebner  
Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann  
Frau Claudia Gebhard  
Frau Ute Gössing  
Herr Wilhelm Jasperneite  
Herr Paul-Heinz Kranemann  
Herr Helmut Krause  
Frau Katrin Lunemann  
Herr Gerhard Meyer  
Frau Elke Middendorf  
Frau Martina Plath  
Herr Carl Schulz-Gahmen  
Frau Ursula Sopora  
Herr Hubert Zumbusch

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert  
Frau Gudrun Bürhaus  
Herr Herbert Goldmann  
Frau Andrea Hosang  
Herr Jochen Nadolski-Voigt  
Frau Anke Schneider  
Frau Barbara Streich  
Frau Gabriele Wentzek

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Michael Klostermann  
Frau Heike Schaumann  
Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schilken  
Herr Sigurd Senkel  
Herr Andreas Wette

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Frau Jana Müller-Simdorn  
Herr Dieter Reichwald  
Herr Werner Sell

**Kreistagmitglieder FWG**

Herr Dieter Albert  
Herr Helmut Stalz

**Kreistagmitglieder GFL**

Herr Dr. Matthias Laarmann  
Herr Helmut Rosenkranz

## **Verwaltung**

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor  
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent  
Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent  
Herr Norbert Hahn, Dezernent  
Frau Sabine Leiß, Stabsstellenleiterin  
Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Landrat Michael Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung.

Zunächst verpflichtet Herr Makiolla Herrn Rolf Erdmann (SPD) als neues Kreistagsmitglied für die ausgeschiedene Abgeordnete Claudia Isenberg.

Anschließend stellt Herr Makiolla die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Beraten werde auf Grundlage der erweiterten Tagesordnung vom 09.10.2013.

Zu dieser Tagesordnung hat die CDU-Fraktion beantragt, den Punkt 4 (Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna) von der Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Die vorliegende Tagesordnung wurde noch einmal im öffentlichen Teil um Punkt 4.1 und 12.4 erweitert, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

<b>Punkt 1</b>		Bestellung einer Schriftführerin
<b>Punkt 2</b>		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
<b>Punkt 3</b>	149/13	Anregung gem. § 21 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO) -Einleitung eines Verfahrens zur Abwahl des Landrates gem. § 45 KrO-
<b>Punkt 4</b>	128/13	Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna
<b>Punkt 4.1</b>	155/13	Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2013
<b>Punkt 5</b>	148/13	Ersatzwahlen
<b>Punkt 6</b>	132/13	Mitgliedschaft des Kreises Unna im Verkehrsverband Westfalen e.V.

- Punkt 7** 111/13 Mitgliedschaft im BackUp-ComeBack Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.  
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2013
- Punkt 8** 140/13 Sofortprogramm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2013
- Punkt 9** 150/13 Weiterentwicklung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV (incl. Förderrichtlinientext)
- Punkt 10** 120/13 Anpassung von Gesellschaftsverträgen im VBU-Unternehmensverbund
- Punkt 11** 110/13 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013
- Punkt 12** Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna
- Punkt 12.1** 124/13 Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna
- Punkt 12.2** 146/13 Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2013
- Punkt 12.3** 156/13 Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2013
- Punkt 12.4** 161/13 Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna; Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Freien Wählern zur Drucksache 124/13 vom 15.10.2013
- Punkt 13** 135/13 Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna
- Punkt 14** 114/13 Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik" nach Anlage C 9 der APO-BK  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 15** 101/13 Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege

**Punkt 16** 127/13 Entgeltregelung für das Kreistierheim Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna

**Punkt 17** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 18** 145/13 Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters

**Punkt 19** 097/13 Energetische Sanierung des Naturwissenschaftlichen Zentrums (NTZ) in Unna;  
Vergabe des Auftrags über die Lieferung und Montage von Fenstern für den Werkstattbereich  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

**Punkt 20** 105/13 Neugestaltung des Innenhofes am Haus Opherdicke; Vergabe des Auftrags  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

**Punkt 21** 106/13 Neubau der K44 in Selm; Vergabe des Auftrags  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

**Punkt 22** 107/13 Sanierung des Naturwissenschaftlichen Zentrums in Unna  
Vergabe des Auftrags über die Dachabdichtungsarbeiten auf dem Werkstattgebäude  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

**Punkt 23** 151/13 Radweg auf der Bahndammtrasse von Unna-Königsborn nach Welver  
Vergabe des Auftrags über die Herstellung von drei Rampen

**Punkt 24** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

**Punkt 1** **Bestellung einer Schriftführerin**

#### Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für die Sitzung des Kreistages am 15.10.2013 bestellt.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen



rakter gegenüber den kreisangehörigen Kommunen. Zur Erreichung der dort avisierten Ziele müssten auch die Politiker und die Verwaltungen vor Ort eingebunden werden.

Damit es zur Umsetzung dieser Maßnahmen und zu verbindlichen Arbeitsaufträgen komme, solle der Prozess durch eine Kommission „Kreis Unna im Wandel“ politisch begleitet werden. Die Zusammensetzung dieser noch einzurichtenden Kommission solle sich an der Finanzstrukturkommission orientieren. Wichtig sei seiner Fraktion in diesem Zusammenhang die im Antrag aufgeführte jährliche Berichtspflicht des Landrates an Kreisausschuss und Kreistag.

Herr Goldmann schließt sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Worten von Herrn Teumert an. Er halte es für sinnvoll und notwendig, den Prozess zur Umsetzung der Ziele so früh wie möglich einzuleiten. Seine Fraktion könne sich durchaus ebenfalls noch eine Erweiterung der Themenfelder vorstellen; entscheidend sei jedoch der politische Wille, diesen Prozess nun substantiell umzusetzen. Im Hinblick auf den Antrag der SPD habe man die Bitte, dass neben der zu bildenden Arbeitsgruppe auch alle relevanten Fachausschüsse nachhaltig beteiligt werden sollten.

Auch Herr Klostermann (FDP) schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Dass man bei einem so umfangreichen Bericht im Detail betrachtet immer Punkte fände, bei denen man politisch unterschiedlicher Meinung sei, halte er für natürlich. Entscheidend sei aber das Gesamtpaket, mit dem man sich mit einer zukunftsorientierten Strategie auf dem richtigen Weg befände. Man werde daher sowohl der Vorlage als auch dem Antrag der SPD zustimmen, da durch diesen die Begleitung in den politischen Gremien sichergestellt sei.

Herr Jasperneite (CDU) erklärt, dass seine Fraktion Vorlage und SPD-Antrag ablehnen werden, da man eine andere Methodik in der Um- und Vorgehensweise hätte haben wollen. Man unterstütze ausdrücklich den Vorschlag von Herrn Goldmann, dass neben der Kommission dieses Thema auch weiter eng in den Fachausschüssen begleitet werden solle. Besonders die CDU-Fraktion werde dabei das Thema sehr intensiv, aber auch sehr kritisch begleiten, damit die Strategie, wohin der Kreis Unna in Zukunft gehe, unter allen Gesichtspunkten gewahrt bleibe. Insbesondere da man der Ansicht sei, dass diese Nachhaltigkeitsstrategie viele Themenfelder noch gar nicht bearbeitet habe, die zuzüglich hätten aufgenommen werden müssen, um sie zu einer Gesamtstrategie des Kreises Unna zu machen. Man sei gerne bereit, neue Aspekte in die Diskussion mit einzubringen. Dieses Papier, das jetzt hier vorliege, könne aus Sicht seiner Fraktion nur der erste Schritt in einem weiteren Dialog sein.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass man sich - sollte der Kreistag die Einrichtung einer Kommission „Kreis Unna im Wandel“ beschließen - über deren Größe und Rechtscharakter einigen müsse. Frau Cziehso (SPD) verweist dazu auf die Formulierung im vorliegenden Antrag, in der man sich hinsichtlich der Zusammensetzung an der Finanzstrukturkommission orientieren wolle. Man lege äußersten Wert darauf, dass alle Fraktionen und Gruppen dieses Kreistages beteiligt seien.

Herr Landrat Makiolla lässt zunächst darüber abstimmen, ob die Änderungen aus dem Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2013 (DS 155/13) in die Vorlage zur Nachhaltigkeitsstrategie (DS 128/13) übernommen werden sollen. Dies wird bei 20 Gegenstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich so beschlossen. Dann wird über den so geänderten Beschlussvorschlag der DS 128/13 zur Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna abgestimmt.

### Beschluss

1. Der Kreistag nimmt den 1. Nachhaltigkeitsbericht Kreis Unna zur Kenntnis.
2. Der Landrat wird beauftragt, mit den bisher Beteiligten und sonstigen, zu beteiligenden Institutionen, insbesondere auch den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, Verabredungen und Vereinbarungen herbeizuführen zur Umsetzung der Ziele und zur Fortführung des Prozesses.
3. Der Landrat wird beauftragt, die Ziele mit direkter Auswirkung auf die Aufgaben und das Verwaltungshandeln des Kreises, soweit möglich, in die Produkte und den Produkthaushalt zu integrieren.
4. Der Kreistag richtet zur Begleitung der in den Punkten 2 und 3 aufgeführten Prozesse eine Kommission „Kreis Unna im Wandel“ ein. Die Zusammensetzung und Arbeitsweise orientiert sich an der Finanzstrukturkommission.
5. Der Landrat berichtet jährlich dem Kreisausschuss bzw. Kreistag.

### Abstimmung

einstimmig beschlossen (20 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

#### **Punkt 4.1 155/13 Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2013**

Erörterung  
s. Punkt 4

#### **Punkt 5 148/13 Ersatzwahlen**

### Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass Frau Isenberg aufgrund ihres Umzuges nicht mehr Mitglied des Kreistages sei und ihre Positionen nachbesetzt werden müssten. Er ergänze in diesem Zusammenhang die vorliegende Drucksache mündlich um die Nachfolge von Frau Isenberg als ordentliches Mitglied im Beirat der Justizvollzugsanstalt Schwerte. Die SPD-Fraktion schlage dazu Frau Ursula Meise vor.

### Beschluss

Folgende Ersatzwahlen werden vorgenommen:

<b>Gremium</b>	<b>Art der Mitarbeit</b>	<b>bisher</b>	<b>neu</b>
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie	Ordentliches Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	Stellvertretendes Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Ausschuss für Kultur und Partnerschaften	Stellvertretendes Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Gleichstellungsausschuss	Ordentliches Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz	Stellvertretendes Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Kreisausschuss	Stellvertretendes Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)

<b>Gremium</b>	<b>Art der Mitarbeit</b>	<b>bisher</b>	<b>neu</b>
Kreispolizeibeirat	Stellvertretendes Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Wahlausschuss für die Landtagswahl in den Wahlkreisen 115 und 116	Ordentliches Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft im Kreis Unna mbH (GWA) – Gesellschafterversammlung –	Ordentliches Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Erdmann, Rolf (SPD)
Beirat der Justizvollzugsanstalt Schwerte	Ordentliches Mitglied	Isenberg, Claudia (SPD)	Ursula Meise (SPD)

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 6 132/13 Mitgliedschaft des Kreises Unna im Verkehrsverband Westfalen e.V.**

Beschluss

1. Der Kreis Unna beantragt die Mitgliedschaft im Verkehrsverband Westfalen e.V.
2. Der Kreistag entsendet Frau Sabine Leiß (Leiterin der Stabsstelle Planung und Mobilität) in die Mitgliederversammlung des Vereins. Als Stellvertretung entsendet der Kreistag Herrn Klaus-Peter Dürholt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 7 111/13 Mitgliedschaft im BackUp-ComeBack Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.  
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2013**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla ergänzt, dass die Kosten für die Mitgliedschaft in dem Verein jährlich 150 Euro betragen würden.

Beschluss

Der Kreis Unna wird Mitglied des Vereins BackUp-Comeback Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 8 140/13 Sofortprogramm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2013**

Erörterung

Anlass für den Antrag sei laut Herrn Wiggermann (SPD) der starke Anstieg der Bedarfsgemeinschaften in den letzten Monaten auf mittlerweile gut 20.500. Dabei handele es sich um knapp 40.000 betroffene Menschen. Dieser überraschend starke Anstieg mache sich gewaltig in den Haushaltsgesprächen und Haushaltsentscheidungen bemerkbar.

Die Gründe für den Antrag wären aber nicht nur finanz-, sondern auch sozialpolitischer Art. Vor dem Hintergrund, dass fast 70 Prozent aller Betroffenen seit mehr als zwei Jahren arbeitslos seien, müsse man von einer unerträglichen Verfestigung der Arbeitslosigkeit im Kreis Unna ausgehen.

Vorrangiges Ziel aller Akteure in Politik und Verwaltung sollte es daher sein, zu überlegen, wie man diese Situation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verbessern könne. Intention des Antrages sei es, einen Masterplan in Auftrag zu geben, der möglichst konkret und umfassend zur Lösung dieser Probleme beitragen könne. Dabei seien auch geringe prozentuale Veränderungen bei der Gesamtgrößenordnung in diesem Bereich von erheblicher Bedeutung.

Ein Großteil der Faktoren, die in den letzten Monaten zu den enormen Kostensteigerungen geführt hätten, wären selbst nicht zu beeinflussen gewesen, z. B. der schwache Arbeitsmarkt, der strenge Winter, Regelsatzerhöhungen oder das niedrige Lohnniveau, das Aufstockungen erforderlich mache und damit die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Unna nicht sinken lasse. Anderes sei jedoch aus eigener Kraft beeinflussbar. Der Antrag nenne Möglichkeiten, wie dies erreicht werden könne, u.a. durch eine Verbesserung der Personalausstattung des Jobcenters.

In der Hauptsache gehe es darum, mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln, d.h. um aktive Mitwirkung bei der Begründung von Arbeitsplätzen. Bei dieser Aufgabe müssten kommunale Verantwortungsträger zukünftig stärker zusammenarbeiten und die Synchronisation dieses Prozesses verbessern. Dies sollte u.a. durch verbandstechnische Berichterstattung, auch im Kreistag und Kreisausschuss, erfolgen.

Zu Punkt 2 des Antrages wolle er noch ergänzen, dass in dem dort angesprochenen Beirat nicht zwingend die Bürgermeister vertreten sein müssten. Gemeint seien damit kommunale, sachkundige Entscheidungsträger.

Herr Meyer erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen werde. Diese habe den Prozess auf dem Arbeitsmarkt langfristig verfolgt und den negativen Trend frühzeitig zur Kenntnis genommen. Man habe Vorschläge unterbreitet, wie man dem entgegensteuern könne, die sich zum Teil in dem Antrag wiederfänden. In einigen Punkten hätte man sich etwas klarere Formulierungen gewünscht, aber die Grundrichtung stimme. Neben den betroffenen Menschen schulde man es auch den Kommunen, sich dieses Problems als Hauptkostenträger mit aller Kraft zu widmen und an den Stellschrauben, die man bewegen könne, gemeinsam in eine Richtung zu drehen. Man erhoffe sich davon eine Entlastung sowohl für den Kreishaushalt als auch für die kreisangehörigen Kommunen.

Herr Nadolski-Voigt teilt mit, dass sich für seine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Entwicklung abgezeichnet habe. Bevor man ein solches Sofortprogramm auflege, sollte noch einmal Ursachenforschung

zu dieser Entwicklung betrieben werden, um genau zu wissen, was die eigentlichen Grundlagen für mögliche Veränderungen seien.

Er sehe in dem Antrag eine deutliche Kritik an der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) und Jobcenter, aber auch zwischen Kreisverwaltung und den Kontrollmechanismen. Die Politik habe das Thema immer eng begleitet, aber kaum oder wenig Kontrolle über die Vorgehensweise und Umstrukturierung des Jobcenters gehabt.

Er weise darauf hin, dass seine Fraktion zur Grundsatzfrage der Koordination der Zusammenarbeit bereits früher eine Anfrage zur Aufgabe der WFG und möglicher Kooperationsverträge gestellt habe. Ebenso hätte man bereits mit Antrag vom März 2009 die Verwaltung aufgefordert, die bisher verteilten Kompetenzfelder unter einer neuen Entwicklungsstrategie der regionalen Kreislaufwirtschaft und unter Berücksichtigung neuer Politikfelder wie Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung, Bildungspolitik und Integrationspolitik in einer übergreifenden Stabsstelle zusammenzuführen. Damit hätte man schon damals die Weichen anders stellen können. Außerdem sei über „Politische Beiräte“ schon beim Thema Optionskommune diskutiert worden. Auch da habe es bereits eine Chance gegeben, kommunale Einflüsse geltend zu machen.

Es sei nun gut zu überlegen, wo es zu Strukturveränderungen beim Jobcenter kommen könne, wie Kooperation und Kontrollmechanismen aussehen sollten und inwieweit die Politik regelmäßig umfassend und über die allgemeinen Zahlen und Statistiken hinaus informiert werde. Man unterstütze daher diesen Antrag in der Hoffnung, dass dadurch nun all die angesprochenen Dinge endlich erreicht würden.

Frau Schaumann (FDP) begrüßt für ihre Fraktion den Antrag der SPD zur Straffung und Verzahnung mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz der Arbeitsvermittlung. Trotzdem müsse man sich darüber im Klaren sein, dass das Jobcenter nur Stellen vermitteln könne. Wenn es um die Beschaffung von Arbeitsplätzen gehe, müsse die WFG stärker in die Verantwortung gezogen werden, die für Neugründungen und Neuanstellungen zuständig wäre. Tafeln, Sozialkaufhäuser und Radstationen könnten nur ein Übergang sein. Ziel sei es, die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Auch die FREIEN WÄHLER stünden laut Herrn Stalz hinter dem Antrag. Ihnen seien nicht nur die möglichen Kostensenkungen wichtig, die so ein Programm mit sich brächte, indem die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gesenkt würde, sondern man helfe in erster Linie auch den Betroffenen selbst. Man sehe aber auch ebenfalls die Kritik an der bisherigen Arbeitsweise und Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und Jobcenter. Viele Punkte des Antrages seien Aufnahmen des Istzustandes und einige habe die Verwaltung auch schon umfassend beantwortet und abgearbeitet. Neue Ansätze, zu denen man Handlungsbedarf sehe, seien nur unter den Punkten 2, 3 und 6 des Antrages genannt.

Frau Czieso (SPD) weist ausdrücklich darauf hin, dass der Antrag nicht als Kritik an der Arbeit derjenigen, die im Bereich Arbeitsmarkt / Wirtschaftsförderung im Kreis Unna tätig sind, zu verstehen sei. Dort würde an ganz vielen Stellen sehr gute und engagierte Arbeit geleistet. Ziel des Antrages sei die stärkere Vernetzung aller Akteure und die bessere Abstimmung aller Aktivitäten untereinander, um sich noch mehr auf das zu konzentrieren, was auf dem Arbeitsmarkt notwendig sei und um sich noch deutlicher in das Geschehen einzubringen. Genau hier habe man ein Aufgabenfeld, auf dem auch interkommunal eng zusammen gearbeitet werden müsse.

Herr Jasperneite (CDU) merkt an, dass ein Antrag, mit dem man etwas verändern und neu initiieren wolle so gesehen auch immer Kritik an der bestehenden Situation enthalte. Außerdem wolle er wissen, was es genau

bedeute, wenn von einem „Sofortprogramm“ die Rede sei. Er gehe davon aus, dass durch die Verwaltung noch in diesem Jahr konkret gesagt werde, was getan werden müsse.

Herr Landrat Makiolla erläutert, dass man zwischenzeitlich auch mit anderen Fraktionen über dieses Thema gesprochen und sich dazu positioniert habe. Zurzeit sei das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters für 2014 in Arbeit, bei dessen Umsetzung man bereits die Erfordernisse des vorliegenden Antrages zu den Haushaltsgrundsätzen mit berücksichtige.

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt erklärt Herr Makiolla, dass es sich bei dem im Antrag unter Punkt 10 in Satz 2 formulierten „notwendigen Aufwand“ um Personalaufwendungen handele. Das könne nicht die Verwaltung entscheiden, sondern man müsse dies im Aufsichtsrat der WFG besprechen.

Herr Nadolski-Voigt weist darauf hin, dass bei der Ausgestaltung eines solchen Sofortprogramms auch darauf zu achten wäre, dass es in den rechtlichen Kontext passe. Herr Makiolla versichert, dass man auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen achten werde, die in den letzten Jahren eher dafür gesorgt hätten, dass der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene deutlich eingengt worden sei. Er hoffe sehr auf die neue Bundesregierung und erwarte, dass man wieder mehr Spielräume für eine örtlich bestimmte Arbeitsmarktpolitik bekomme.

Frau Cziehso (SPD) schlägt vor, in einem interfraktionellen Rahmen Benehmen darüber herzustellen, in welchen Schritten und mit welchen Maßnahmen nun weiter vorgegangen werden solle.

Herr Wiggermann (SPD) betont, dass man noch in diesem Jahr zu konkreten Veränderungsvereinbarungen kommen müsse, um im nächsten Jahr erste nennenswerte Effekte erzielen zu können.

#### Beschluss

Der Landrat wird mit der Umsetzung bzw. Initiierung des der Drucksache 140/13 als Anlage beigefügte Sofortprogramms Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Kreis Unna beauftragt.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 9    150/13            Weiterentwicklung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV (incl. Förderrichtlinientext)**

#### Beschluss

Die dritte Überarbeitung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV im Stand vom 19.09.2013 mit den ergänzenden Themenfeldern De-minimis-Beihilfe gem. EU-VO 360/2012 und die Weiterleitung von Mitteln aus der ÖPNV-Pauschale zur Finanzierung betrauter Verkehre wird beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## **Punkt 10 120/13 Anpassung von Gesellschaftsverträgen im VBU-Unternehmensverbund**

### Erörterung

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen habe sich am 08.10.2013 mit der Drucksache befasst. Unter Berücksichtigung einer, von der Bezirksregierung Arnsberg erbetenen, textlichen Präzisierung in Bezug auf die Bekanntmachungs- und Auslegungspflichten nach der Gemeindeordnung NRW, die Herr Dr. Wilk in der Sitzung mündlich vorgetragen hätte, sei die Drucksache durch den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Der Kreisausschuss habe die Drucksache in seiner Sitzung am 14.10.2013 ebenfalls einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

### Beschluss

Den dargestellten Änderungen der Gesellschaftsverträge von VBU, GWA und GWA-Logistik wird zugestimmt; die Vertreter des Kreises Unna in den Gremien der betroffenen Gesellschaften werden ermächtigt, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Der Landrat wird beauftragt, das Anzeigeverfahren nach § 115 GO NRW einzuleiten.

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## **Punkt 11 110/13 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013**

### Erörterung

Kreisdirektor und Kämmerer Dr. Thomas Wilk erläutert eingangs, dass er - das Einverständnis des Kreistages vorausgesetzt - nicht detailliert auf den Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013 eingehen werde, da es bereits aktuellere Zahlen und Erkenntnisse vorlägen. Daher wolle er bereits auf einige ausgewählte, aktuelle Zahlen mit Stand 30.09.2013 eingehen. Man habe verwaltungsintern die Berichtsfristen verkürzt, so dass er mündlich über aktuelle Entwicklungen, insbesondere im Fachbereich Arbeit und Soziales, Aussagen machen könne. Der vollständige, schriftliche Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2013 werde zurzeit erstellt und dann in der nächsten Sitzungsfolge vorgestellt.

Herr Dr. Wilk erläutert, dass der Budgetbericht zum 30.06. im Vergleich zum ersten Bericht zum 31.03., in dem das Jahresdefizit noch bei rund 2,1 Mio. Euro gelegen habe, ein Jahresdefizit von lediglich rund 1,3 Mio. Euro ausweise. Ursache dafür sei die ertragswirksame Auflösung eines erheblichen Teils einer bilanziellen Rückstellung, die für die Umsetzung des Bundessozialgerichtsurteils zur Angemessenheit von Wohnungsgrößen aus Mai 2012 im Bereich Kosten der Unterkunft gebildet worden sei. Dort habe man deutlich weniger Nachzahlungen leisten müssen als erwartet.

Im Folgenden erläutert Herr Dr. Wilk die Auswirkungen, die sich durch das geänderte Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) ergäben. In dem Gesetz gehe es darum, wie die Kommunen an den Lasten des Landes bezüglich der Wiedervereinigung beteiligt würden. Nach der zur Stunde noch nicht beschlossenen Gesetzesänderung erhielten die Städte und Gemeinden des Kreises eine Erstattung von 3,4 Mio. Euro, während der Kreis selbst 2,4 Mio. Euro zurückzahlen müsse. Da für diese Kosten bisher lediglich eine Rückstellung in Höhe von 300.000 Euro gebildet werden konnte, ergebe sich hier ein ungedeckter Betrag in Höhe von rund 2,1 Mio. Euro.

Der vorliegende Entwurf des ELAG sehe zur Deckung dieser Kosten die Möglichkeit vor, von den Städten und Gemeinden eine freiwillige Bedarfsumlage zu erheben. Unter dem Aspekt des Rücksichtnahmegebotes und des gemeindefreundlichen Verhaltens plane der Kreis Unna aber in 2013 ausdrücklich nicht, eine solche Umlage von seinen kreisangehörigen Kommunen zu erheben. Man plane, dass man die Kosten, die auf den Kreis zukämen, im Jahresergebnis zunächst abmildern könne. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der im September für die Kreisverwaltung angeordneten Haushaltssperre, die, würde sie in vollem Umfang greifen, zu Einsparungen in Höhe von rund 1 Mio. Euro führen könne.

(Protokollnotiz: Die Erhebung einer fakultativen Bedarfsumlage im Jahr 2014 nach dem Feststehen des Jahresergebnisses 2013 in dem dann minimal erforderlichen Umfang (Rücksichtnahmegebot) bleibt vorbehalten.)

Im Moment erwarte man, dass sich das Jahresergebnis, unter Berücksichtigung möglicher weiterer Schwankungen, auf ein Jahresdefizit von etwa 2,6 Mio. Euro belaufen werde. Wenn von diesem Betrag die Auswirkungen der Haushaltssperre abgezogen würden, läge das Jahresdefizit bei rund 1,6 Mio. Euro. Dieser Betrag entspräche genau der Höhe der zur Verfügung stehenden Ausgleichrücklage des Kreises und könne darüber gedeckt werden. Damit sei die Ausgleichrücklage aufgebraucht. Eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage des Kreises würde dann nicht erforderlich, so dass die Rechtsfolgen einer Haushaltssicherungspflicht zunächst vermieden werden könnten.

Landrat Michael Makiolla erklärt, dass der Kreis Unna sich nicht scheue, seine Ausgleichrücklage zur Abwicklung der Kosten, die sich aus dem geänderten ELAG ergäben, einzusetzen. Dies sei in anderen Kommunen keineswegs selbstverständlich. Er betone, dass das vom Kreisdirektor beschriebene Verfahren des Kreises in dieser Haushaltsangelegenheit und das Verhalten gegenüber seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nahezu einmalig sei.

Abschließend geht Herr Dr. Wilk auf das Budget des Fachbereichs Arbeit und Soziales ein. Zuletzt beliefen sich die Kosten für den Bereich der kommunalen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Kosten der Unterkunft und für Heizung) auf rund 7,7 Mio. Euro monatlich. Dies wären historische Höchstwerte, so Herr Dr. Wilk. Ursächlich dafür seien vielfältige Gründe, insbesondere aber die deutlich gestiegene Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Vergleich zum Vorjahr sowie die laut Urteil des Bundessozialgerichts zu akzeptierenden, höheren Mietkosten. Eine weitere Rolle würden zudem die ausgebliebene Frühjahrsbelegung und die problematischen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt spielen.

Insgesamt führe dies, trotz einer jüngsten Stagnation mit leichtem Rückgang bei den kommunalen Aufwendungen im Monat September, zu einer Ergebnisverfehlung im Budget des Fachbereiches zum 30.09.2013 von -5,5 Mio. Euro (Stand 30.06.2013: -5 Mio. Euro). Das bedeute, dass man im Bereich Kosten der Unterkunft ein Volumen von nahezu 93 Mio. Euro für das gesamte Jahr benötigen würde.

Frau Wentzek (BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN) hat eine Nachfrage zum vorgelegten Budgetbericht (s. Seite 13, letzter Absatz). Es seien nur 60 Prozent der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes verausgabt worden und der restliche Betrag dieser Mittel solle in den Haushalt einfließen. Sie wolle darauf hinweisen, dass dies nicht rechtmäßig sei, sondern dass die Mittel zweckgebunden ausgegeben und vorgetragen werden müssten.



man sich letztlich auch messen lassen könne. Er betone, dass man Wert darauf gelegt habe, Unterstützung hinsichtlich der Erarbeitung von Deckungsvorschlägen durch die Verwaltung zugesagt zu bekommen.

Als Verantwortlicher für die Kreisfinanzen könne Kreisdirektor Dr. Wilk es nur begrüßen, wenn ein solcher Antrag jetzt so kurz vor den Haushaltsberatungen und den anstehenden Diskussionen mit den Städten und Gemeinden im Rahmen der Benehmensherstellung mit einer breiten Mehrheit beschlossen werde. Er weise darauf hin, dass das Memorandumspapier der zehn Städte und Gemeinden vorläge und dem Kreistag zur nächsten Sitzung am 05.11.2013 zusammen mit dem Entwurf der Haushaltssatzung und seiner Anlagen zugeleitet werde.

#### Beschluss

Die als Anlage zur Drucksache 124/13 dargestellten „Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna“ für den Finanzplanungszeitraum 2014 bis 2018 werden in der durch den gemeinsam Antrages vom 15.10.2013 (DS 161/13) geänderten Fassung und unter Ergänzung des Wortes „können“ hinter „erarbeitet werden“ unter Punkt 2 des gemeinsamen Antrages beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

#### **Punkt 12.1    124/13    Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna**

##### Erörterung

s. Punkt 12

#### **Punkt 12.2    146/13    Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2013**

##### Erörterung

s. Punkt 12

#### **Punkt 12.3    156/13    Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2013**

##### Erörterung

s. Punkt 12

#### **Punkt 12.4    161/13    Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna; Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Freien Wäh- lern zur Drucksache 124/13 vom 15.10.2013**

##### Erörterung

s. Punkt 12

Erörterung

Herr Landrat Makiolla betont, der Bericht verdeutliche, dass die Schulsozialarbeit im Kreis Unna allgemein akzeptiert werde und erfolgreich sei. Er appelliere an alle politischen Kräfte, jetzt auf ihre politischen Verbündeten in Berlin im Rahmen der Koalitionsverhandlungen einzuwirken, damit zu gegebener Zeit durch die neue Bundesregierung eine entsprechende Fortsetzungsfinanzierung beschlossen werde.

Herr Wiggermann (SPD) bedankt sich für die ausführliche Bestandsaufnahme über die Schulsozialarbeit, die auf Antrag der SPD-Fraktion erstellt worden war. Die Schulsozialarbeit sei von den Schulen nicht mehr wegzudenken, zumal Bildung und soziale Integration stark miteinander verknüpft seien. Es habe sich bewährt, dass erhebliche Teile aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für diese Aufgabe verwendet worden seien, insbesondere für den Bereich Übergang Schule-Beruf. Er teile die Erwartung des Landrates an die Bundesregierung, diese Finanzierung weiter fortzusetzen.

Herr Meyer (CDU) hebt hervor, dass die Bedeutung der Schulsozialarbeit in keinem Gremium angezweifelt worden sei. Allerdings könne man hier nicht einseitig den Bund in die Pflicht nehmen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion wäre es verfassungsrechtlich nicht zulässig, dauerhaft Personalausstattung für Schulen vom Bund finanzieren zu lassen. Das sollte nicht nur eine Frage der Koalitionsverhandlungen sein, sondern es müsse dann auch die Verfassung dahingehend überarbeitet werden. Für das Schulwesen Rechnung zu tragen, sei die verfassungsmäßig festgeschriebene Aufgabe des Landes, das sich trotz klammer Kassen da nicht einfach aus der Verantwortung nehmen könne.

Auch die FREIEN WÄHLER unterstützen laut Herrn Stalz die Schulsozialarbeit ausdrücklich und hoffen auf eine Lösung, um diese wichtige und präventive Arbeit fortsetzen zu können. Hinsichtlich des Berichtes stelle man sich die Frage, warum nur 39 von knapp 100 Schulsozialarbeitern, die im Kreis Unna eingesetzt seien, an der Befragung teilgenommen hätten.

Herr Dr. Timpe erläutert, dass von den rund 100 Schulsozialarbeitern gut die Hälfte über das Bildungs- und Teilhabepaket beschäftigt worden seien. Man habe schwerpunktmäßig in dieser Gruppe nachgefragt, weil es hier um die zusätzliche Schulsozialarbeit auf der Grundlage des Bildungs- und Teilhabepaketes gegangen sei. Vor diesem Hintergrund läge die Beteiligungsquote bei gut 80 Prozent.

Der Kreistag nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik" nach Anlage C 9 der APO-BK  
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses**

Beschluss

Folgender gemäß § 50 Abs. 3 S. 2 der Kreisordnung NRW im Wege äußerster Dringlichkeit am 06.08.2013 von Herrn Landrat Michael Makiolla und dem Kreisausschussmitglied Wilhelm Jasperneite gefasster Beschluss wird genehmigt:

Zum Schuljahr 2013/14 wird der Bildungsgang „Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik“ am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 15 101/13 Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege**

Beschluss

Der Kreistag beschließt die der Drucksache 101/13 als Anlage beigefügte Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege. Die Satzung tritt am 01.11.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 16 127/13 Entgeltregelung für das Kreistierheim Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna**

Beschluss

Die als Anlage Zur Drucksache 127/13 beigefügte Entgeltregelung für das Tierheim des Kreises Unna wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 17 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.09.2013 zur Regelung der Straßenbaulast im Kreis ab 01.01.2014**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehrsplanung der Kreisstadt Unna hat sich am 25.09.2013 mit der Regelung der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen im Stadtgebiet Unna befasst. Die Baulast soll ab 01.01.2014 wieder in die Verantwortung von Kreis und Land übergehen. In der Vorlage der Kreisstadt Unna ist von sieben weiteren Städten die Rede, die die Tendenz zeigen würden, die Baulast nicht zu übernehmen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt an, um welche weiteren sieben Kommunen es sich dabei handele.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass die Ratsvorlage der Kreisstadt Unna an der Stelle missverständlich formuliert sei. Im Kreis Unna habe ausschließlich Unna als größere kreisangehörige Kommune die Möglichkeit, durch Verzicht auf eine Antragstellung noch im Laufe dieses Jahres die Übergabe der Baulast für die Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen herbeizuführen. Der Verweis auf sieben andere Städte beziehe sich auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen.

Zu den nachgefragten finanziellen und personellen Auswirkungen, die sich daraus für den Kreis ergeben, führt Dr. Timpe aus, dass man sich Mitte November mit dem Baudezernenten der Kreisstadt Unna und den entsprechenden Fachleuten zusammen setzen werde, um einen Zeit- und Arbeitsrahmen für die weitere Vorgehensweise festzulegen. Beabsichtigt sei eine gemeinsame Begehung der entsprechenden Abschnitte zur Bestandsaufnahme und Feststellung der potentiellen Bedarfe für Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Welche finanziellen und personellen Auswirkungen in dem Zusammenhang auf den Kreis Unna zukämen, könne man erst dann genau beziffern. Geschätzt würde sich der Mehraufwand für den Kreis durch eine mögliche Rückübertragung der Straßenbaulast auf ca. 130.000 Euro pro Jahr belaufen. Gegebenenfalls müsse mit der Kreisstadt Unna noch über einen finanziellen Ausgleich verhandelt werden.

gez. Michael Makiolla  
Vorsitzender

gez. Susanne Kronenberg  
Schriftführerin